



Fotos: zazze.de (l), Archiv (r.)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Freitag, 20. Februar 2015

70. Jahrgang/Nr. 43 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Affront gegen Europa

Kurt Stenger über Schäubles Nein zum Athener Hilfsantrag

Dass die deutsche Regierung im Zuge der Euro-Krise allein den Kurs vorgibt und durchsetzt, stößt in anderen Staaten der Währungsunion immer mal wieder auf Befremdung. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble weist den Vorwurf stets mit der Aussage zurück, die 18 Eurostaaten würden doch alles Wichtige gemeinsam entscheiden. Nun aber hat der CDU-Politiker selbst seine Schutzbehauptung widerlegt: Den griechischen Antrag auf Verlängerung des laufenden Kreditprogramms lehnte er nämlich postwendend ab. Dies ist ein Affront gegen die europäische Idee, denn darüber sollte am Freitag bei einem Treffen der Eurogruppe beraten werden und mehrere EU-Vertreter hatten sich vorsichtig optimistisch geäußert.

Die Europäischen Institutionen können nun beweisen, dass sie mehr sind als der Brüsseler Außenposten des Berliner Finanzministeriums. Dafür müssen der bislang handzahme Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem und auch EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker aber Farbe bekennen. Und auch die SPD-Vertreter in der Bundesregierung sollten Schäuble jetzt zur Raison rufen. In der Griechenland-Krise lautet das Gebot der Stunde, Kompromisse zu finden, mit denen alle Seiten leben können. Wem es jetzt noch ausschließlich darum geht, neoliberale Ideologie eins zu eins durchzusetzen, handelt schlicht unverantwortlich. Denn er gefährdet die Stabilität des gemeinsamen Währungsraumes und stellt die Europäische Idee in Frage.

UNTEN LINKS

Der gestrigen »FAZ« zufolge ist man sich in der Wissenschaft einig darüber, dass sich »die Gesundheit, Lernfähigkeit und Leistung der allermeisten Schüler schlagartig verbessern würden, ließe man sie morgens länger schlafen«. Potzblitz! Da schau her! Es ist nicht auszuschließen, dass diesem Forschungsergebnis weitere bahnbrechende wissenschaftliche Erkenntnisse folgen: Etwas, dass die Wachheit der allermeisten Spätzubettgeher am Morgen schlagartig zunehmen würde, wenn sie sich abends früher schlafen legten. Oder dass bei den allermeisten Kneipengängern morgens schlagartig der Kopfschmerz verschwinden würde, ließe man sie abends nicht eine zweistellige Zahl große Biere und kleine Schnäpse trinken. Demnächst dann: Die Wissenschaft hat festgestellt, dass sich die allermeisten Kriege vermeiden lassen, wenn man schlagartig sämtliche Waffen wegwirft. Ob man das allerdings besser morgens oder abends tut, darüber streiten sich die Experten derzeit noch. tbl

Schweigend gegen Vertuschung

Hunderttausende Argentinier fordern Aufklärung zum Tod von Staatsanwalt Nisman



»Ich bin Nisman« – Botschaft einer Demonstrantin in La Plata (Provinz Buenos Aires)

Foto: AFP/NA-AGLP

Buenos Aires. Hunderttausende Argentinier haben am Mittwoch (Ortszeit) bei Schweigemärschen des toten Staatsanwalts Alberto Nisman gedacht. Allein im Zentrum der Hauptstadt Buenos Aires versammelten sich rund 400 000 Menschen. Zehntausende demonstrierten außerdem in den Großstädten Rosario, Córdoba und Mar del Plata sowie in zahlreichen weiteren Orten des Landes.

Der 51-jährige Nisman war vor einem Monat erschossen in seiner Wohnung aufgefunden worden. Es ist nicht endgültig geklärt, ob es sich um Suizid oder Mord handelte. Als Sonderstaatsanwalt war Nisman für die Aufklärung

des Anschlags auf das jüdische Kulturzentrum AMIA in Buenos Aires im Jahr 1994 zuständig. Für die Tat mit 85 Toten macht die argentinische Justiz Iran verantwortlich. Nisman hatte wenige Tage vor seinem Tod Präsidentin Cristina Kirchner und Außenminister Héctor Timerman beschuldigt, die Ermittlungen zu dem Anschlag zu verschleiern.

Zu dem Schweigemarsch in Buenos Aires, der vom Kongressgebäude zum Präsidentenpalast führte, hatte eine Gruppe von sechs Staatsanwälten aufgerufen. Im strömenden Regen bestimmten vor allem die aufgespannten Regenschirme das Bild auf der zentralen

Avenida de Mayo. Die Regierung kritisierte den Demonstrationsaufruf als Versuch einer politischen Destabilisierung. Regierungstreue Politiker und Organisationen waren deshalb den Veranstaltungen ferngeblieben. Gewerkschaften und die Opposition riefen dagegen zur Teilnahme auf, verzichteten jedoch auf politische Embleme und Transparente.

Nismans Nachfolger, Staatsanwalt Gerardo Pollicita, hält den Vorwurf der Verschleierung aufrecht. Ein Richter muss nun entscheiden, ob die Verdachtsmomente ausreichen, um Ermittlungen gegen Kirchner aufnehmen zu können. Agenturen/nd Seite 7

Schäuble sagt Nein zum Antrag aus Athen

SYRIZA will sechs Monate Zeit gewinnen / SPD kritisiert schnelle Absage des Bundesfinanzministers

Kaum war der Antrag auf Verlängerung der Kredite aus Athen in Brüssel eingegangen, kam das Nein von Schäuble. Der brüskiert damit nicht nur SYRIZA, sondern auch Brüssel und die SPD.

Von Vincent Körner

Griechenland hat am Donnerstag wie erwartet den Antrag auf Verlängerung des laufenden Kreditprogramms gestellt und ist dabei in wichtigen Punkten den Gläubigern entgegengekommen. Während aus der EU-Kommission und aus der Eurogruppe positive Reaktionen kamen, wies das Bundesfinanzministerium den Antrag umgehend zurück. Das Schreiben sei »kein substantieller Lösungsvorschlag«, hieß es in Berlin. Die Griechen wollten »eine Brückenfinanzierung, ohne die Anforderungen des Programms zu erfüllen« – gemeint sind die umstrittenen Kürzungsdiktate und Regulierungsforderungen.

Das Nein aus Berlin stieß weitenteils auf Kritik. Die griechische Regierung sah mit Blick auf ein für Freitag angesetztes Eurogruppen-Treffen »exakt zwei Möglichkeiten: dem griechischen Anliegen stattzugeben oder es abzulehnen«. Dabei werde sich zeigen, hieß es aus der SYRIZA-geführten Regierung in Athen, »wer eine Lösung wünscht und wer nicht«. Vize-Ministerpräsident Yanis Dragasakis sagte, es gebe offenbar »Kräfte, die Griechenland in die Knie zwingen wollen, um ihren Willen durchzusetzen«.

Finanzminister Yanis Varoufakis bot in dem zweiseitigen Schreiben an, sein Land werde die Kredite »an alle seine Gläubiger« zurückzahlen. Es solle auf »einseitige« Schritte verzichtet werden, die »die Haushaltsziele, die wirtschaftliche Erholung und die finanzielle Stabilität untergraben« würden. Auch die Zusammenarbeit mit den Vertretern von EU-Kommission, Europäischer Zent-

ralbank und Internationalem Währungsfonds wird anerkannt.

Athen habe in dem Schreiben allerdings »keine Verlängerung des Memorandums« beantragt, wie die

»Beim Eurogruppen-treffen am Freitag wird sich zeigen, wer eine Lösung wünscht und wer nicht.«

Regierungskreise in Athen

Kürzungsdiktate in Griechenland heißen. Die beantragte sechsmo-natige Übergangsphase solle Zeit bringen, um »ohne Erpressung und Zeitdruck« mit den Gläubigern einen auf vier Jahre angelegten Reformplan auszuhandeln.

Mit seinem schnellen Nein brüskierte Schäuble auch Brüssel. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte sich zuvor

optimistisch gezeigt, dass nun eine Lösung des Schuldenstreits möglich wird. Juncker hatte in der Nacht zum Donnerstag intensive Gespräche mit Ministerpräsident Alexis Tsipras und Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem geführt und danach von einem »positiven Zeichen« gesprochen.

Auch aus dem Umfeld von SPD-Chef Sigmar Gabriel kam Kritik an Schäuble. Der Antrag Athens sei »ein erster Schritt in die richtige Richtung«, hieß es. Man rate dazu, »dass wir diese neue Haltung der griechischen Regierung als Ausgangspunkt für Verhandlungen nutzen und nicht vorher bereits öffentlich ablehnen«.

Am Mittwochabend hatte die Europäische Zentralbank den Rahmen für Notkredite für griechische Banken von 65 auf 68,3 Milliarden Euro erhöht. Zugleich gab die EZB bekannt, dass sie mit den Zinseinnahmen für griechische Staatsanleihen knapp 300 Millionen Euro verdient hat. Seite 5

Senat und Bezirke riefen 60 Millionen Euro nicht ab

Für den Berliner Haushalt 2014 bewilligte Baumittel verfielen

Berlin. Die Berliner Senatsverwaltung und die Bezirke in der Hauptstadt nutzten im vergangenen Jahr über 60 Millionen Euro nicht, die als »Bausausgaben« im Haushalt des Bundeslandes vorgesehen waren. Das geht aus dem »Aktuellen Finanzstatus 2014« des Berliner Finanzsenats für den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hervor, der »neues deutschland« vorliegt. Warum die Mittel von den Verwaltungen nicht abgerufen wurden, wollte ein Sprecher von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit Verweis auf die »fachlich zuständige« Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt nicht kommentieren. Andere Medien hatten bereits zu Beginn der Woche berichtet, dass die Senatsverwaltungen in den Jahren 2013 und 2014 rund 393 Millionen Euro an Investitionsmitteln nicht ausgegeben haben.

Die oppositionelle Linkspartei im Abgeordnetenhaus vermutet Personalmangel in den Verwaltungen als Hauptursache für die ungenutzten Mittel. »Den Bezirken wird etwas aufgebürdet, was sie gar nicht abrufen können«, sagte die LINKE-Abgeordnete Carola Bluhm gegenüber »nd«. Mit den angekündigten Investitionsfonds in Höhe von 500 Millionen Euro würde sich dieses Problem verschärfen. Die Finanzverwaltung wies den Vorwurf der Opposition unterdessen mit Verweis auf Hilfestellungen des Senats für die Bezirke zurück. mkr Seite 11

Ukraine-Abkommen »nicht gescheitert«

Skepsis gegenüber UN-Mission

Berlin. Das Minsker Friedensabkommen wird trotz des schweren Bruchs der Waffenruhe im ukrainischen Debalzewo nicht für gescheitert erklärt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine, François Hollande, Petro Poroschenko und Wladimir Putin, hielten an ihren Vereinbarungen fest, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert am Donnerstag in Berlin nach einer Telefonkonferenz der Politiker mit. Sie seien sich einig, dass konkrete Schritte zur umfassenden Umsetzung der Waffenruhe und des Rückzugs der schweren Waffen unter OSZE-Beobachtung erforderlich seien. Auch die USA blieben bei Minsk 2: Es gebe Verstöße, aber dem Abkommen müsse mehr Zeit gegeben werden, sagte Außenamtssprecherin Jen Psaki. Auch der OSZE-Vorsitzende Ivica Dacic bekräftigte Minsk 2.

Auf Skepsis stieß der Vorschlag des ukrainischen Präsidenten zu einer UN-Friedensmission unter Mandat des Sicherheitsrats in Form einer »Polizeimission der EU«. Damit werde das Abkommen von Minsk gefährdet, sagte Russlands UN-Botschafter Witali Tschurkin. Eine EU-Sprecherin in Brüssel lehnte eine Stellungnahme zunächst ab. Der Russlandbeauftragte der Bundesregierung, Gernot Erler (SPD), nannte das Vorhaben unrealistisch. Agenturen/nd Seiten 7 und 14

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Ikone und Ideologiekritiker: Vor 50 Jahren wurde Malcolm X in New York ermordet

Auto als Automat: Ein bisschen Science Fiction auf der Straße

Auslegungssache: Was wir Islam nennen, formlen Theologen

